

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosenkranz, Mayerhofer, Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

betreffend Aufstockung des Personalstandes der Polizei

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Thema der Sondersitzung „Die Große Koalition als Sicherheitsrisiko für Österreich“ in der 16. Sitzung des Nationalrates am 22. März 2007

Österreich hat ein Sicherheitsproblem. Die Kriminalität steigt, die Anzahl der Exekutivbeamten sinkt.

Eine wichtige Aufgabe jedes Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Aber was tut man, wenn die Politik sich anders entschieden hat? Wenn Einsparungen wichtiger, das Auftreten im Ausland maßgeblicher und gewaltige Ausgaben im Rahmen der Europäischen Union fundamental von größerer Bedeutung sind? Die Wirkungen sind, so wie man das in der Finanzwelt gerne zum Ausdruck bringt, nachhaltig.

Alleine die Kriminalstatistik der Monate Jänner und Februar ist leider beeindruckend. Im Jänner 2007 konnten 51.895 angezeigte Fälle, das sind um 10,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2006, registriert werden. In Niederösterreich stieg die Anzahl um 23,6 Prozent, in Oberösterreich gar um 39,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Februar 2007 sieht alles gleich ganz anders aus. Nur 99.408 angezeigte Fälle und somit 8,5 Prozent Steigerung im Vergleich zu 2006.

Die Aufklärungsquote ist dafür gesunken.

Betrachtet man die Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre so erkennt man gleich einen enormen Kriminalitätsanstieg. Für das Jahre 1998, das Jahr seit dem Österreich das Schengener Abkommen anwendet, kann man der Kriminalstatistik 479.859 angezeigte Fälle entnehmen. Im Jahre 2000 waren es ca. 520.000, im Jahre 2002 über 590.000, im Jahre 2004 mehr als 643.000 und 2006 wieder fast 590.000 angezeigte Fälle. Die Anzahl der fremden Tatverdächtigen im Verhältnis zur Gesamtsumme der Tatverdächtigen wächst nach wie vor stetig. Organisierte Kriminalität aus

dem Osten treiben ungeniert ihr Unwesen in Österreich. Der jährliche Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich, der Sicherheitsbericht 2005 besagt zum Beispiel, dass

- Österreich auf Grund der Asylgesetze als beliebter Zufluchtsort für Straftäter aus Tschetschenien, Georgien und Weißrussland gilt. Österreich gilt auch als Sitz zum Planen und Steuern von Straftaten. Georgische Tätergruppen verüben hauptsächlich Einbruchsdiebstähle, moldawische Gruppen Auftragsstaten wie Überfälle. Die Anwerbung neuer Mitglieder erfolgt nach Eintreffen in der Asylunterkunft.
- innerhalb der Zuwanderergemeinden in Österreich und Europa kriminelle Strukturen bestehen. In Österreich wurden so genannte Gebietsvertreter etabliert, welche aus den jeweiligen Herkunftsländern ihre Anordnungen entgegennehmen. Schwerpunkte der kriminellen ethnischen Gruppierungen sind die Eigentumskriminalität, Schlepperei, der Drogenschmuggel und Menschen- und Waffenhandel. Die Kriminalstatistik weist einen hohen Anteil an Straftätern aus Südosteuropa in nahezu allen Deliktsfeldern aus.
- Rumänische und bulgarische Gruppierungen sich in Österreich vorwiegend auf Diebstähle und Einbruchsdiebstähle spezialisiert haben. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der minderjährigen Straftäter, die Hintermänner konnten noch nicht ausgeforscht werden. In Österreich wurden in den letzten Jahren verstärkt Frauen aus Rumänien und Bulgarien der illegalen Prostitution zugeführt.
- den Mitgliedern der fünf in Italien registrierten kriminellen Vereinigungen nach Art der Mafia (Camorra, 'Ndrangheta, Sacra Corona Unita, Stiddo-Gruppierungen, Cosa Nostra) Österreich unverändert als Rückzugsraum und Operationsbasis zur Abwicklung strategischer Aktivitäten dient.

Die Haftanstalten sind überfüllt. Seit dem Jahr 2004 gibt es in Österreich mehr Häftlinge als Haftplätze. Für 8.639 Angehaltene gab es im Vorjahr und 8.612 Haftplätze. Das waren um 25,9 Prozent mehr Häftlinge als im Jahr 2000. Mit 1. Jänner 2007 befanden sich über 3.600 Ausländer in Haft, das sind ca. 42 Prozent.

Selbstverständlich ist die Exekutive grundsätzlich bereit, die Sicherheit der Österreicher zu gewährleisten. Doch sind die Rahmenvorgaben der Politik ein nicht unwe-

sentliches Mosaiksteinchen für ein funktionierendes Gesamtbild. Die letzte Regierung hat alles dazu beigetragen, die Sicherheitskräfte personell und materiell auszuhungern. Aufgrund der zahlreichen Kürzungen, müssten die Beamten unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen extrem lang Dienst versehen.

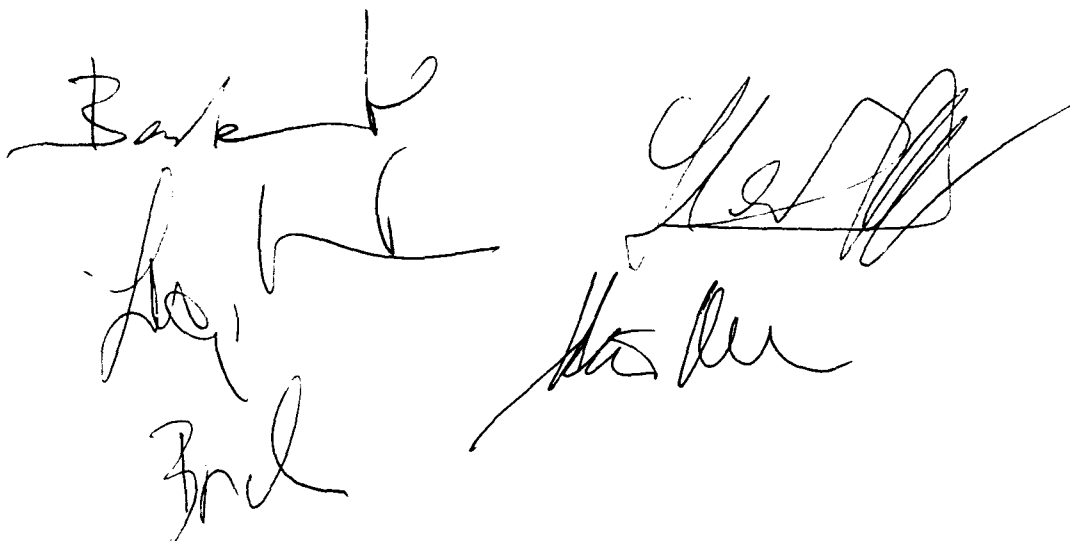
In Hinblick auf eine drohende Schengenerweiterung, es sollen nun die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern, Malta, und die drei baltischen Staaten, neue Schengen-Staaten werden, und der zur Zeit schon ohne Schengen-Erweiterung bestehenden Probleme mit den bereits vorhandenen Schengen-Staaten, vor allem in Bezug auf importierte Kriminalität und rechtswidrige Einreise, sowie die bevorstehenden Ausrichtung der Europameisterschaft 2008, ist es unabdingbar, unser Exekutive aufzustocken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, schnellst möglich, zum Schutze unserer Bürger, die Anzahl der Planstellen für die österreichische Exekutive durch Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts drastisch zu erhöhen.“



The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two columns. The left column contains three signatures, and the right column contains two. The signatures are stylized and cursive, typical of official documents.